

1. Kölner wirtschaftspolitischer Dialog

**Der Ausbau des deutschen und europäischen Stromnetzes
für eine effiziente Klima- und Energiepolitik.**

Einladung

29. Juni 2011, 12.00 Uhr bis 14.30 Uhr

Referenten



Prof. Dr. Felix Höffler
Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln



Matthias Kurth
Präsident der Bundesnetzagentur

Moderatoren



Prof. Achim Wambach
Ph. D., Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln



Olaf Storbeck
Ökonomie-Korrespondent, Handelsblatt

1. Kölner wirtschaftspolitischer Dialog zum Thema

Der Ausbau des deutschen und europäischen Stromnetzes für eine effiziente Klima- und Energiepolitik.

Das Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln
und das Handelsblatt laden Sie,

herzlich ein zum 1. Kölner wirtschaftspolitischen Dialog.

Im Anschluss an die Podiumsdiskussion besteht die Möglichkeit
zum Austausch bei einem kleinen Mittagsimbiss.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Eine namentliche
vorherige Anmeldung ist daher erforderlich.
Anmeldung bitte telefonisch unter 0221/470 5347 oder
Online: www.iwp.uni-koeln/koelnerdialog
oder www.handelsblatt.com/koelnerdialog

29. Juni 2011, von 12.00 – 14.30 Uhr
an der Universität zu Köln
Universitätsstraße 35, 50931 Köln, Gebäude 106
(Seminargebäude), Tagungsraum 004

Noch im vergangenen Jahr beschloss die Bundesregierung eine Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke. Mit der Atomkatastrophe in Japan veränderten sich jedoch die gesellschaftlichen Anforderungen an die Energieversorgung

1. Kölner wirtschaftspolitischer Dialog

Der Ausbau des deutschen und europäischen Stromnetzes für eine effiziente Klima- und Energiepolitik.

schlagartig. Die Bundesregierung verhängte nur wenige Tage später ein Moratorium, die Energiewende soll möglichst schnell vollzogen werden. Mit welchen Konsequenzen? Eine wesentliche Voraussetzung für eine Umstellung der deut-

schen Energieversorgung besteht in einem Ausbau des deutschen Stromnetzes. Laut einer Studie der Deutschen Energie-Agentur müssen bis zum Jahre 2020 Höchstspannungstrassen mit einer Länge von 3.600 Kilometern gebaut werden.

Hier stellt sich nicht nur die Frage nach den Kosten, die auf die Unternehmen und Bürger zukommen. Auch lange Planungsverfahren und die entschlossene Gegenwehr einer Vielzahl von regionalen Bürgerinitiativen stehen dem entgegen. Auch europaweit sind ein Ausbau der Stromnetze und eine bessere Verbindung zwischen den Stromnetzen der europäischen Mitgliedsstaaten erforderlich. Vor dem Hintergrund eines europäischen Verbundnetzes ist eine einheitliche Position dringend notwendig.



Institut für Wirtschaftspolitik
an der Universität zu Köln

Handelsblatt